

A N F R A G E N an den Bürgermeister

1) Mängel bei der Durchführung der Nationalratswahlen am 1.10.2006 in Graz

GRin. **Potzinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Potzinger**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Grazer Wochenzeitung titelt „Aufregung nach der Wahl, Stimmzettel versteckt, Pfusch bei der Nationalratswahl“. Korrekterweise haben der ressortzuständige Vizebürgermeister und die oberste Wahlleiterin auch demokratiepolitische Bedenklichkeit und schlampiges Arbeiten bereits eingestanden. Das wäre aber noch nicht Grund für eine Anfrage, gäbe es nur diesen Einzelfall zu beanstanden, der da in Liebenau passiert ist, wo Stimmzettel verschlampt wurden. Bei der Durchführung der Nationalratswahlen am 1.10.2006 kam es nämlich in etlichen Grazer Wahllokalen zu verschiedenen Problemen. Beispielsweise gab es in manchen Sprengeln zu wenig Wahlurnen, sodass die Wahlkommission während der Wahlzeit kurzfristig das Wahllokal schließen musste, um die Urne zu öffnen und die Kuverts mit den Stimmzetteln in einer Schachtel zwischenzulagern. Wahlkartenwähler, die in ihrem zuständigen Sprengel (beispielsweise 0102 im Amtshaus) wählen wollten, wurden vom Wahlleiter abgewiesen und durften dort nicht wählen, obwohl sie laut Wahlordnung dazu berechtigt gewesen wären. Manche Wahlleiter konnten beim Stimmenauszählen Stimmzettel mit Vorzugsstimmen nicht richtig zuordnen, obwohl das Innenministerium in Inseraten nochmals klar auf die Möglichkeit, sowohl über die Landesliste als auch über die Regionalliste Vorzugsstimmen vergeben zu können, informiert hatte. Schließlich war auch die barrierefreie Erreichbarkeit der Wahllokale nicht überall gegeben - beispielsweise waren in der Volksschule [Eisteich 6](#) Wahllokale eingerichtet, obwohl von der Plüddemangasse aus wegen einer Großbaustelle keine Zufahrtsmöglichkeit bestand.

Die Ausübung des Wahlrechts, meine Damen und Herren, sollte uns als Stadtparlamentarier ein Anliegen sein, ich bitte daher um Aufmerksamkeit. Diese Ausübung des Wahlrechts darf für die Bürgerinnen und Bürger nicht zum

Spießrutenlauf werden. Deshalb richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der ÖVP-GR-Fraktion folgende

A n f r a g e :

Welche Konsequenzen werden aus den oben genannten Vorkommnissen gezogen, um künftig für einen reibungslosen Wahlablauf zu sorgen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Raschere Abwicklung von Bauverfahren

GR. **Rieger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Rieger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Neubauten und deren gesetzeskonforme Umsetzung sollten in einer lebendigen Stadt wie Graz möglich sein - und zwar innerhalb einer für den Bauwerber absehbaren Zeit. Es dürfte jedenfalls nicht so sein, dass Bauwerber sich mehr als drei Jahre lang vergeblich bemühen, einen Baubescheid in den Händen zu halten und sich schlussendlich auf Grund dieser Verzögerung gezwungen sehen, entweder aus Graz abzuwandern oder – wie dies jüngst im Falle eines Gewerbetreibenden passierte - den Konkurs anzumelden, weil Ausbau- oder Neubauiden an der Behörde scheitern.

Um zu gewährleisten, dass Graz diese lebendige Stadt bleibt und auch BauwerberInnen - egal, ob sie sich neu in Graz ansiedeln, etwas aus- oder umbauen wollen – Perspektiven zu bieten, müsste zumindest sichergestellt werden, dass sie innerhalb einer gewissen Zeit ab dem Bauansuchen den Baubescheid in den Händen halten können. Ich glaube, dass es seitens des Magistrates machbar sein müsste, innerhalb eines halben Jahres die erforderliche Bewilligung erteilen zu

können. Wobei natürlich klar ist, dass im Vorfeld eine gründliche Beratung angeboten werden muss, damit ein Bauprojekt auch den Baugesetzen entspricht.

Diese Maßnahme – Ausstellung eines Baubescheides innerhalb von 6 Monaten – halte ich nicht nur für eine wesentliche Grundlage der Rechtssicherheit, sondern auch für eine durchaus wirksame Form der Wirtschaftsförderung.

Aus diesen Gründen stelle ich daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind, im Sinne des Motivenberichtes auf die zuständigen Fachabteilungen beziehungsweise politischen ReferentInnen einzuwirken, damit BauwerberInnen ihre Baubescheide innerhalb der 6-Monate-Frist bekommen und nicht drei Jahre auf Bescheid warten müssen, und deshalb Graz verlassen wollen oder für ihr Unternehmen Konkurs anmelden müssen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke Herr Gemeinderat! Ich möchte Ihnen nur das mitteilen, was ich in den letzten Wochen und Monaten, Gott sei Dank jetzt auch, erlebt habe. Wir werden von den Unternehmungen für die besonders rasche Behandlung in Bauverfahren bei allen Eröffnungen so gelobt. Erst vor zwei Tagen wieder vorgekommen bei der Eröffnung von Intersport Eybl, hier wurde wörtlich gesagt, wir waren von Wien schon immer verwöhnt, aber dass Graz noch schneller als Wien ist, konnten wir uns gar nicht vorstellen und sie bedanken sich dafür bei Politik, den zuständigen Referenten, aber auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Magistrates. Selbstverständlich ist es so, dass es nicht überall so schnell geht, weil wir gesamte Verfahren einzuhalten haben und hier mit Rechtsansprüchen etc. auch von Bewohnern und vielem mehr gerechnet werden muss, dass es nicht immer so schnell geht. Aber Sie können auch sicher sein, dass sowohl ich persönlich als auch der zuständige Stadtrat Dr. Rüscher, als auch der Herr Baudirektor und der Magistratsdirektor alles tun werden, damit wir möglichst noch schnell sind

beziehungsweise diese Wünsche auch erfüllen können, dass solche Dinge nicht vorkommen, die Sie zitiert haben. Dankeschön.

3) Informationsveranstaltung Südgürtel/Klärung des Sachverhaltes

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Bürgermeister! In meiner mündlichen Anfrage geht es um eine etwas sonderbare Situation betreffend eine Informationsveranstaltung zum Südgürtel und zwar am 25. September wurde, zumindest könnte man dies auf Grund der Verwendung der offiziellen Logos annehmen, vom Land Steiermark sowie von der Stadt Graz/Abteilung Verkehrsplanung, insbesondere von der Abteilung Verkehrsplanung zu einer Informationsveranstaltung betreffend Grazer Südgürtel geladen. Soweit, so gut, tolle Geschichte, wenn endlich dieser Südgürtel käme. Aber diese angeblich offizielle Informationsveranstaltung scheint sich im nachhinein als eine Parteienveranstaltung zu entpuppen – wahrscheinlich nur rein zufällig und möge man sich nichts dabei denken, dass es nicht einmal eine Woche vor der Nationalratswahl urplötzlich stattgefunden hat, obwohl wir ja schon jahrelang, wenn nicht jahrzehntelang auf diesen Südgürtel warten.

Faktum nämlich ist: Die Bezirksvorsteherin von Liebenau, Karin Katholnig, bekanntlicherweise SPÖ-zugehörig, wurde über diese Informationsveranstaltung weder informiert, geschweige denn wurde sie dazu eingeladen, was sonderbar ist, wenn es eine offizielle Veranstaltung der Stadt Graz ist. Und bekam dann interessanterweise, nachdem sie sich berechtigt aufgeregt hat, was denn dahinterstecke, dass sie keine Einladung bekommen hat, Erstaunliches zu hören. Denn obwohl die Einladung, wie gesagt, das offizielle Stadt-Logo der Abteilung für Verkehrsplanung enthielt und sich die Bezirksvorsteherin an das Büro des zuständigen Stadtrates Dipl.-Ing. Rüscher wandte, wusste man dort – trotz Logos – nichts von einer städtischen Informationsveranstaltung und verwies darauf, dass es sich hierbei wohl um eine Parteiveranstaltung handeln müsste.

Und da stellt sich denn schon berechtigt die Frage, auch wenn jetzt diese Veranstaltung von der Bürgermeisterpartei hier durchgeführt wurde, inwieweit es zulässig ist, dass eine Parteiveranstaltung hier das offizielle städtische Logo verwenden darf. Wenn dies nämlich wirklich den Tatsachen entspricht, dass es sich dabei – wie zumindest vom Büro eines ÖVP-Stadtrates, Dipl.-Ing. Rüschi, gesagt wird – um eine Parteienveranstaltung gehandelt habe, mit der die Fachabteilung nichts zu tun gehabt habe, dann wäre dies kein Lappalie, über die man so einfach hinweggehen kann – dann wäre dies zumindest meines Wissens nach ein zu verfolgender beziehungsweise ein zu ahndender Tatbestand und ein Delikt, einfach der missbräuchlichen Verwendung eines Stadtlogos.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, den Sachverhalt in Zusammenhang mit dieser Informationsveranstaltung prüfen zu lassen und zu klären, warum die Bezirksvorsteherin nicht zu dieser Bezirksinformationsveranstaltung eingeladen wurde beziehungsweise für den Fall, dass es sich hierbei um keine offizielle städtische Informationsveranstaltung gehandelt hat, gegen die Initiatoren namens der Stadt Anzeige wegen missbräuchlicher Verwendung des städtischen Logos einzureichen bereit bist. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich werde da erstmals konfrontiert, habe mich ein bisschen nebenbei schlau gemacht und möchte gleich Folgendes sagen: Erstens einmal tut es mir wirklich leid, wenn da die Frau Bezirksvorsteherin Katholnig, die nicht nur ich, sondern auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksrates, auch als Stellvertreterin sehr geschätzt ist, da nicht dabei waren. Ich glaube nicht, dass es irgendeine Parteiveranstaltung war, sondern es war eine Einladung des Stadtrates, ich glaube auch, dass dieses Logo, wie von dir festgestellt, da falsch verwendet worden ist. Bitte, das so mal zur Kenntnis zu nehmen, ich werde mir das

noch genauer anschauen, aber ich glaube nicht, dass wir dann diesbezüglich Anzeige wegen missbräuchlicher Verwendung des städtischen Logos brauchen, sondern man sollte sich dann dafür entschuldigen, dass das so stattgefunden hat, aber ich überprüfe es noch einmal und werde es dir mitteilen. Dankeschön.

4) Lärmschutz Kalvariengürtel

GR. **Simbürger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Simbürger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren. Bei meiner Anfrage geht es um Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des Kalvariengürtels. Sehr geehrter Bürgermeister! Infolge des Ausbaus des Kalvariengürtels hat der Autoverkehr in diesem Bereich rapide zugenommen - und dementsprechend sind auch die Lärmbelastigungen für die Anrainer speziell in den Bereichen Kalvariengürtel/ Abschnitt Kalvarienbergstraße beziehungsweise Floßlendstraße. In diesem Sinne fordern denn auch immer mehr Anrainer, dass endlich wirksame Maßnahmen gegen die Lärmbelastigung gesetzt werden. Allerdings sind diese Forderungen bisher – soweit zumindest die Klage der Betroffenen - seitens der Stadt auf taube Ohren gestoßen, vielleicht auch im Zuge des überbordenden Verkehrslärms schlichtweg nicht gehört worden. Doch klar ist auch, dass der Ist-Zustand der Lebens- und Wohnqualität mehr als abträglich ist.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des SPÖ-Gemeinderatsklubs die

A n f r a g e ,

ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind, die zuständigen Fachabteilungen prüfen zu lassen, welche Lärmschutzmaßnahmen in diesem Bereich gesetzt werden könnten, um die Belastung der Bewohner zu reduzieren, wobei in diesem Zusammenhang unter anderem vielleicht auch gleich der

Lückenschluss für den Radweg nach Westen mit berücksichtigt werden könnte
(*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, vielen Dank für diesen wichtigen Vorstoß, auch gleichzeitig mit dem Radweg. Selbstverständlich werde ich gerne die Koordinierungskompetenz wahrnehmen und zwischen den Stadträten aus dem Baubereich und dem Herrn Vizebürgermeister, für den Umweltschutzbereich zuständig, schauen, dass wir hier zu Lösungen kommen und werde das geschäftsordnungsgemäß erledigen lassen, damit es den richtigen Weg geht.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Aussagen am Wahlabend

GR. **Herper** stellt folgende Anfrage:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Mein Arbeitspartner, Kollege Peter Piffli-Percevic, hat vergangenen Sonntag den öffentlichen Gebrauch von Vernunft eingemahnt und in dem Zusammenhang stelle ich auch diese mündliche Anfrage. Im Vorfeld von Wahlen beziehungsweise im Zuge von Wahlbewegungen mitunter fallen wenig durchdachte Worte, dies ist wohl unbestritten. Und wer immer sich in Wahlbewegungen engagiert, ist gut beraten, freundliche Mitteilungen des politischen Mitbewerbes aus der Zeit vor dem Urnengang nicht allzu sehr auf die Waagschale zu legen. Nur wer hier wirklich frei von jeglichen Untergriffigkeiten ist, dem gestehe ich zu, den sprichwörtlichen, im biblischen Sinne, ersten Stein zu werfen. Für meine Fraktion, das sage ich jetzt auch,

nehme ich das gerne in Anspruch – ebenso wenig gestehe ich aber auch der ÖVP dieses Recht zu.

Dass im Zuge von Wahlauseinandersetzungen manchmal der Mund schneller als der Kopf arbeitet, das ist, wie gesagt, noch einigermaßen verständlich. Kein Verständnis habe ich jedoch – und ich weiß mich in dieser Angelegenheit mit vielen Grazerinnen und Grazern einig – wenn nach beendeter Auszählung der Stimmen dann noch zu einem beleidigend-diffamierenden Rundumschlag angesetzt wird. Dies mit dem Zweck, ich sage das jetzt überspitzt, um in einer Art Kreuzzugsmanie noch allen „Andersgläubigen“ eines kräftig drüberzuziehen.

So geschehen am 1. Oktober dieses – nach Vorliegen des vorläufigen Ergebnisses der Nationalratswahl für Graz, durch dich, Herr Bürgermeister. Auf die Frage eines Journalisten, und ich hoffe, ich zitiere den richtig, worauf du denn die Niederlage der ÖVP zurückführen würdest, lautete deine Bilanz im Originalton, ich zitiere: „Der Wahlkampf alle gegen einen mit Lügen, Schmutzkübeln und Verleumdungen ist aufgegangen.“ Und weiter im Originalton und das ist das Schmerzliche, was ich jetzt zitiere: „Die Moral von der Geschichte: Bestiehl die Leut‘ und arbeit‘ nicht.“

Herr Bürgermeister, ich weise diese Äußerungen deinerseits auf das Entschiedenste zurück, einer Partei von Dieben, Räufern und Faulpelzen anzugehören – ich verbitte mir solche Aussagen (*Applaus SPÖ*), ich meine, du hast dich hier wirklich im Stil vergriffen. Und ich verbiete mir solche Wortspenden auch im Namen aller rund 37.000 Grazerinnen und Grazer, die die SPÖ am 1. Oktober gewählt haben und mit denen sie gleichsam eine Komplizenschaft mit Dieben, Räufern und Faulpelzen gestellt werden. Für einen Bürgermeister, noch der zweitgrößten Stadt Österreichs, der für sich in Anspruch nehmen will, der Bürgermeister vieler Grazer sein zu wollen, sind derartige Aussagen schlichtweg ungeheuerlich.

Ich sage deshalb ungeheuerlich – und das ist noch ein gelinder Ausdruck, denn wahr ist, dass der Grazer Bürgermeister mit dieser seiner Aussage den fast 80 Prozent der wahlberechtigten Grazerinnen und Grazern indirekt mitteilt, sie wären dumm. Denn aus deiner offenbar eingeschränkten Sicht, Herr Bürgermeister, ist offenbar jeder, der nicht ÖVP wählt, ein dummer Mensch, der auf Lügen, Schmutzkübel und Verleumdungen reingefallen ist, das ist der Umkehrschluss.

Herr Bürgermeister, es wäre nicht zum ersten Mal, dass du mit einem Ausritt Andersdenkenden gegenüber dich öffentlich positionierst hättest, könnte man ja sogar noch meinen, dies wäre eben aus einer besonderen Emotion am 1. Oktober heraus passiert. Aus einer absoluten Siegesicherheit heraus eine Wahlniederlage verdauen zu müssen, verlangt halt auch besondere Größe und vor allem ein besonderes Maß an politischer Erfahrung. Aber es ist ja nicht zum ersten Mal, dass du quasi im Stile eines Großinquisitors, einen verbalen Kreuzzug gegen Andersdenkende und Andersgläubige antrittst oder gegenüber all jenen Menschen, die nicht deinem spezifischen Weltbild entsprechen, mobil machst. Einmal waren es Homosexuellen,...

Zwischenruf GR. Schönegger: Das ist ungeheuerlich.

GR. **Herper:** ...für deren Heilung du beten wolltest, dann hast Graz zum Bollwerk gegen die Türkeninvasion ernannt, das nächste Mal hast du die Mütter gezeißelt, die ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen abgeben, um danach im Kaffeehaus sitzen.

Zwischenruf GR. Schönegger: Geht das schon wieder los.

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, gestatte mir diesen Hinweis: Solche Positionierungen sind eines Bürgermeisters der zweitgrößten Stadt Österreichs und der Bürgermeisterfunktion und deiner Person gemäß nicht würdig – und am Wahlabend einen Rundumschlag gegen die Wählerinnen und Wähler auszuholen, ist sicher nicht die geeignete Methode, um der immer angesprochenen und immer breiter treffenden Politikskepsis entgegenzuwirken. Denn Politikskepsis beruht auf Politikerskepsis – und derartige Aussagen sind sicher nicht dazu geeignet, das

Ansehen von Politikerinnen und Politikern zu fördern und damit die Skepsis abzubauen.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Widerstand, stellt den Haider an die Wand.

GR. **Herper:** Seit dem 1. Oktober, Kollegin Sissi Potzinger, sind fast drei Wochen vergangen, wir haben, und ich erwähnte nicht nur unseren Bundesparteivorsitzenden oder den Klubobmann im Parlament, durchaus eingestanden, wo wir jemanden, oder eine andere Partei, insbesondere die ÖVP verletzt hätten und auch dazu gestanden sind, dies zuzugeben. Und ich stehe auch dazu, dass ich mir gewünscht hätte, und ich habe es dem Bürgermeister auch schon bereits vor Tagen in einem persönlichen Gespräch gesagt, ich hätte mir in diesen drei Wochen zumindest ein Wort des Bedauerns von deiner Seite für diese Aussagen erwartet. Ein Wort des Bedauerns, auch im Sinne der Arbeitspartnerschaft und der gemeinsamen großen Aufgaben, die wir in den nächsten Tagen zu bewältigen haben, ich denke nur an die Budgetkonsolidierung und das Budget 07, auch ein Wort des Bedauerns gegenüber dem politischen Mitbewerber, ein Wort des Bedauerns gegenüber jenen 145.000 wahlberechtigten Grazerinnen und Grazern, die der ÖVP am 1. Oktober nicht ihre Stimme gegeben haben. Eine Entschuldigung dafür, politische Mitbewerber als Diebe und Faulpelze vernadert zu haben, eine Entschuldigung schon wert, denn damit sind auch alle 145.000 Grazerinnen und Grazer gemeint, die nicht der ÖVP ihre Stimme gegeben haben und die indirekt der Dummheit, der Naivität, der Blindheit bezichtigt werden durch deine Aussage. Ich hätte dieses Wort der Entschuldigung gerne in der Zwischenzeit, in den letzten drei Wochen von dir, Siegfried Nagl, als Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz gehört, bis dato sind diese Worte nicht gekommen.

In diesem Sinne stelle ich nunmehr daher an dich, Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, die von dir als Bürgermeister der Stadt Graz getätigten Aussagen zurückzunehmen und dich für diesen ungeheuerlichen Ausritt bei den politischen Fraktionen in diesem Haus, insbesondere bei der Sozialdemokratie, deinem Arbeitspartner hier im Haus, aber auch sowie gegenüber den Grazerinnen und Grazern zu entschuldigen? Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Klubobmann, ich bin richtig wiedergegeben, sowohl von dir als auch vom Journalisten. Wenn es einen Landeshauptmann der Steiermark gibt, der sich für das Bezeichnen der Volkspartei als Krebsgeschwür im Lande entschuldigen kann, so will auch ich mich hier entschuldigen, wenn meine Wortmeldung all diese Interpretationen, ich habe mir das so nicht einmal vorstellen können, was da alles hineininterpretiert wird. Das heißt, ich entschuldige mich für diese Aussage (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

6) Fahrradcops

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es geht bei meiner mündlichen Anfrage noch um Nachbetrachtung einer Wahlgeschichte anderer Natur, wenn oder zumindest die meisten von Ihnen von euch können sich noch erinnern, dass mit unheimlich viel Trara und mit einer entsprechenden medialen Begleitung Anfang September das Projekt „Fahrradcops“ hier präsentiert wurde, Initiative, wie man den Medien entnehmen konnte, des Herrn Bürgermeisters in Zusammenarbeit in Kooperation mit seinem Fraktionskollegen Landtagsabgeordneten und Polizisten Eduard Hamedl, und die damalige Botschaft im Zusammenhang mit dieser tollen Installierung dieser Polizisten auf Fahrrädern im Stadtpark sollte eben sein, dass diese Fahrrad-Einsatztruppe der Polizei für Recht und Ordnung sorgt und für mehr Sicherheit hier vor allem im Stadtpark sorgen wird..

Und wir haben uns riesig gefreut, dass unserer langjährigen Forderung nach mehr Kontrolle, nach mehr Polizei Rechnung getragen wurde und interessanterweise nicht einmal drei Wochen später war diese großartige Initiative leider wieder Vergangenheit, vielleicht zufällig, dass zwischenzeitlich der Wahltag auch gekommen ist und wie eine Wochenzeitung am Sonntag, das war die Grazer Woche, titulierte hat: „Die Rad-Polizisten waren nur ein Wahlgag“, das nehme ich jetzt doch nicht an und ich will es auch dem Herrn Bürgermeister und dem Landtagsabgeordneten Hamedl ja nicht unterstellen, dass sie nur einen Wahlgag hier entsprechend starten wollten, weil ich glaube, dieses Thema der Sicherheit ist ein zu ernst zu nehmendes und ich glaube auf dem Rücken der Grazer Bevölkerung so ein billig-populistisches Spiel mit dem Sicherheitsbedürfnis (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) zu machen, dies getraue ich mich nicht zu unterstellen. Aber es gibt wohl einige Punkte, die aus unserer Sicht hier aufklärungsbedürftig sind. Etwa der Umstand, dass die angeblichen Uniformen ganz rasch in Eigenregie zusammengebastelt wurden, dass die Fahrräder nur für eine ganz kurze Zeit, für drei Wochen, glaube ich, hier ausgeliehen oder für einen einzigen Monat ausgeliehen wurden. Wenn also diese Fakten stimmen, dann muss man schon davon ausgehen, dass diese Aktion wirklich anscheinend nur geplant war als Gag, möchte ich so bezeichnen, als Wahlgag, weil es ist nie in der Präsentation dieser Aktion von einer Befristung die Rede gewesen und von einem Auflaufdatum dieser Initiative.

Und nachdem diese Aktion ja, wie es auch angekündigt wurde, auf Initiative unseres Grazer Bürgermeisters entstanden sein soll, stelle ich nunmehr namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob das Projekt Fahrradcops tatsächlich nur bis unmittelbar nach der Nationalratswahl anberaumt war und wenn ja, wenn von vornherein diese Befristung vorgesehen war, warum die Grazer Bevölkerung nicht auch darüber informiert wurde, dass es sich um einen Schwerpunkt und eine befristete Aktion gehandelt hat und die weitere Anfrage wäre, inwieweit jetzt seitens der Stadt Graz irgendwelche Mittel in dieses an und für sich begrüßenswerte Projekt geflossen sind. Dankeschön.

Bgm. Mag. **Nagl**: Du irrst in sehr vielen Punkten. Das Thema Sicherheit wird für mich niemals ein Gag sein, das ist einmal das Wichtigste (*Applaus ÖVP*), die Sicherheit im Grazer Stadtpark werden wir weiter verfolgen, ich hoffe auch, dass wir das alle gemeinsam tun werden, auch heute gibt es noch diesbezüglich von meiner Fraktion einen neuen Antrag in Richtung Land Steiermark, um zu einer verbesserten Situation in unseren Parkanlagen und Grünanlagen und am Schloßberg zu kommen. Ich bedaure sehr, dass es auch medial jetzt so dargestellt worden ist, als hätte irgendjemand nur kurz ein Fahrrad zur Verfügung gestellt. Ich wundere mich auch sehr, dass gerade in Abwesenheit des Polizeikommandanten Kemeter die Polizei selbst diese Geschichte abgedreht hat, obwohl ausgemacht war,...

Zwischenruf GRin. Gesek: Das ist gesteuert.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...bis zum Winter, und zwar mit Kastner und Öhler, und so ist es auch ganz klar in der Pressekonferenz, an der ich im Stadtpark teilgenommen habe, gesagt worden, die Räder länger zur Verfügung stehen und es sogar eine zweite Firma gibt, die das gerne machen würde. Auf einmal wurden die Fahrräder zurückgegeben, das hat auch für mich die Konsequenz, dass ich mir ganz genau anschauen werde, wer die Befehle gegeben hat bei der Polizei, diese Aktion einzustellen, als Punkt eins, zweitens ist die Patrouille noch vergangenen Freitag durchgeführt worden, also das war die letzte Überprüfung. Es war immer ausgemacht, die Angelegenheit zu evaluieren und ab dem März die Patrouillen wieder fortzusetzen. Das heißt, ich werde mich sehr dafür einsetzen, dass ab März, nach dem Winter, jetzt im Winter können sie aus verständlichen Gründen nicht fahren, es ist schon im Rasen und in der Wiese gefährlich genug, wir haben leider beim ersten Einsatz, der dann auch dank eines sehr engagierten Bürgers von Erfolg gekrönt war, zu einer Verletzung eines Polizeibeamten gekommen. Da gibt es eben auch Polizistinnen und Polizisten, die mit Begeisterung ans Werk gegangen sind, die waren wirklich hoch motiviert und das würde ich mir auch wieder wünschen, das heißt, ich werde jetzt alles dafür tun, dass ab März diese Cops, wie wir sie da

genannt haben, oder die Medien auch genannt haben, mit den Fahrrädern, wieder patrouillieren und ich würde mich auch heute über eine Unterstützung freuen, wenn wir ans Land appellieren, hier auch die Ausweisleistung für Damen und Herren möglich zu machen, wie wir das bei der Berg- und Naturwacht haben, um verstärkt kontrollieren zu können. Aber noch einmal, für mich war es schon ein bisschen eine Überraschung, dass das auf einmal medial und von Seiten der Polizei angeblich so abgedreht worden ist, wir werden das mit der Polizei bei einem nächsten Treffen diskutieren und ich werde alles dafür tun, dass wir ab März wieder Fahrradcops im Grazer Stadtpark haben (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Herr Bürgermeister, ich bin dir dankbar für die Feststellung, dass auch dir und deiner Fraktion die Sicherheit in der Landeshauptstadt ein besonderes Anliegen ist. Davon gehen wir, glaube ich, aus, dass das im Grunde ja Konsens in diesem Haus ist. Das Zweite, Herr Bürgermeister, worauf schon Wert gelegt werden muss, dass man auch zum Thema Sicherheit aufpassen muss, welche Aktionen vor einer Wahl, aber ganz besonders vor einer Wahl, und welche Erwartungshaltungen damit verknüpfend gestattet werden. Herr Bürgermeister, es ist nicht so, weil ja so wie du durchaus gute Informationen aus Polizeikreisen schon allein aus der Tatsache, dass du auch Bezirkshauptmann bist, erhältst, ist ganz klar, dass die Geschichte nicht damit endet, dass die Fahrräder eingestellt wurden mit dem Tag der Wahl, und dies hast du angedeutet, das möchte ich jetzt zurückweisen, vom Stellvertreter des Polizeikommandanten oder dies Akt gesetzt worden ist, sondern es war laut angeblichem Befehl, nämlich für diese Aktion, gerade der stellvertretende Polizeikommandant, der die Aktion für einen gewissen Zeitraum begrenzend als Befehl festgehalten hat. Herr Bürgermeister, und es ist eine große Erwartungshaltung gesetzt worden, weil du natürlich richtigerweise den Problembereich Stadtpark, es gäbe noch einige in der Stadt, aber diesen auch als ein notwendiges, wenn man will, auch Einsatzgebiet für mehr Polizeikontrolle angesehen hast. Eigenartig ist alles zusammenhängend, es gibt nämlich in der österreichischen Polizei sicher nicht jene Uniform, die die Grazer Polizisten für diese Aktion gehabt haben. Ich nehme jetzt an, das habt ihr bezahlt, soll so sein, es gibt nämlich kein T-Shirt, es gibt auch keine Radlerhose und es gibt in der ganzen österreichischen Polizei derzeit derartige, du

hast sie Cops genannt, das ist das moderne Wort für diese Einsätze, nicht und daher kann ich heute nur einfordern, auch von deiner Fraktion, und ich bin dann gewiss, dass du so denkst, dass zu jedem Sicherheitsthema auch mit gebotener Seriosität heranzugehen notwendig ist. Das wäre schön, wenn die ÖVP das einbekennt, das war halt wieder so etwas, dass man vor einer Wahl etwas fordert, was man nach der Wahl nicht einhalten muss...

Zwischenruf GRin. Geseke: *Da könnt ihr euch aber selber an der Nase nehmen.*

Bgm.-Stv. **Ferk:** ...und aus diesem Grund bleibt ja nur eine Forderung aufrecht, nämlich jene nach mehr Polizisten für die Landeshauptstadt. Ich persönlich bin guter Dinge, dass mit einem neuen Innenminister leichter zu reden sein wird in dem Zusammenhang, dass auch die Wünsche der Landeshauptstadt Berücksichtigung finden und wir damit auch Glaubwürdigkeit im Dienst der Sicherheit der Bevölkerung leisten (Applaus SPÖ).

GR. **Eichberger:** Zum einen, deine Frage, Herr Bürgermeister, was die Unterstützung eures dringlichen Antrages betrifft, es wird unser gemeinsamer dringlicher Antrag werden, das heißt, die Unterstützung zu diesem Thema ist dir sicher. Zum anderen möchte ich schon noch einmal darauf zurückkommen, ich glaube, es ist jedem im September bekannt, wenn er so eine Aktion startet, dass der Winter, der Herbst vor der Tür steht, heißt im Klartext, es war und müsste, glaube ich, schon auch erkennbar gewesen sein, dass diese Aktion, wenn man sie noch unbedingt im September starten will, ein Ablaufdatum allein auf Grund der Witterung haben muss, wenn man es ernst gemeint hätte, dann hätte man auch andere Aktionen setzen können oder im Anhang an diese Fahrradaktion diese Polizisten zu Fuß einsetzen zu lassen. Also seien Sie mir bitteschön nicht böse, liebe Kollegen von

der ÖVP, aber im September eine Aktion starten und sich dann Anfang Oktober wundern, dass Blätter von den Bäumen fallen und dass unter Umständen im November ein Schnee auf den Fahrradwegen im Stadtpark liegen wird, also seien Sie mir böse, liebe Kollegen, das ist schon eine Sache, die sehr weit hergeholt ist und wo man schon sehr viel Verständnis braucht, um dem folgen zu können. Die andere Frage, aber die leider unbeantwortet geblieben ist in diesem Zusammenhang, was diese Aktion betroffen hat, den zweiten Teil meiner Frage, sind auch hier diesbezüglich für diese glorreiche Idee auch Geldmittel geflossen seitens der Stadt, würde mich auch noch interessieren (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, vor allem für die Bezeichnung der Idee als glorreich, sie ist eine glorreiche Idee, ich sage das, wie es ist, dabei bleibe ich (*Applaus ÖVP*). Wir brauchen auch gar nicht herumrittern, mir ist es wichtig, dass Sicherheit in dieser Stadt einen ganz, ganz hohen Stellenwert hat, ich finde es manchmal eigentümlich, dass man sagt, der Herr Bürgermeister ist bei diesem Thema so quasi fast ein Sheriff und er zeigt sich da viel, auf der anderen Seite fordert man das selber auch dauernd. Noch einmal, diese Aktion war als befristete Aktion auf Grund der Witterung auch so angekündigt, ich war selbst bei dieser Pressekonferenz, ich habe es selbst gesagt, die Fahrräder stehen weiter zur Verfügung. Ab März wird es dieses Thema wieder geben und ich bin schon auch dafür, dass, wenn man so etwas macht und einmal ein bisschen zeitgemäßer reagiert, dass man dann nicht unsere Polizistinnen und Polizisten mit der langen Hose auf das Radl im Sommer setzt, die ganz verschwitzt sind und nach dem ersten Einsatz wieder heimfahren müssen, sondern dass man eine zeitgemäße Uniform hat, die war im Übrigen mit dem Bundesministerium akkordiert und abgestimmt und abgesegnet, weil sonst glaube ich auch nicht, dass der stellvertretende Kommandant diese Aktion mit mir gemeinsam in einer Pressekonferenz gemacht hätte, darüber hinaus habe ich nicht dem stellvertretenden Kommandanten diese Aktion, ich weiß nicht, warum du ihn jetzt erwähnt hast, er hat sie mit mir verkündet. Mich hätte nur interessiert, wer es abgeblasen hat...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Dein Kommandant.

Bgm. Mag. **Nagl**: Der war aber nicht da, wie es abgeblasen worden ist, wir werden auch fragen, wer das war, weil es mich wirklich sehr interessiert, wer diese glorreiche Idee, wie du sie genannt hast, abgewürgt hat. Aber jetzt noch einmal, bezahlt habe ich die paar Hosen und die paar Leiberln aus meinen Verfügungsmitteln und ich sage es auch ganz ehrlich, ich würde noch einmal in die Tasche greifen, um eine so glorreiche Idee fortzuführen und ich hoffe, dass das im März gelingen wird (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Außerdem waren es schwarze Radlerhosen.**7) Entwicklung einer Initiative „Botschafter/in für Graz“**

GRin. Mag. **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Am 27. April dieses Jahres habe ich bereits die Anfrage an Sie gerichtet und die mündliche Anfrage eingebracht, „Botschafter/in für Graz“, können Sie sich vorstellen diese Initiative in Graz zu entwickeln? Ich stelle heute noch einmal dieselbe Anfrage auch deshalb, weil ich bis heute von Ihrer Seite noch keine Antwort erhalten habe und darf Ihnen vielleicht noch einmal in Erinnerung rufen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, meine Idee war damals, die innovative und lebenswerte Stadt auch nach außen zu transportieren mit ehrenamtlichen Botschafterinnen und Botschaftern, die diesen Status für einen Event oder für eine bestimmte Zeitperiode erhalten.

Mittlerweile haben sich Persönlichkeiten, hatte ich auch Kontakt mit Persönlichkeiten dieser Stadt, die diese Idee empfehlenswert finden, auch umzusetzen. Ich darf hier vielleicht auch den Rektor der Technischen Universität Graz zitieren, der großes Interesse auch daran hat, die Innovationskraft der Technischen Universität weiterzutragen, auch Vertreter des Tourismusverbandes haben Interesse bekundet und ich dort auch gleichzeitig Herrn Stadtrat Eisel-Eiselsberg nennen, wo auch wir hier die Gelegenheit hatten, unter einem Punkt Allfälliges im Aufsichtsrat der Grazer Tourismus GmbH darüber zu sprechen. Das heißt, es ist großes Interesse bekundet worden, natürlich hat es auch Einwände oder Bedenken über die eine oder andere Umsetzung gegeben, aber ich glaube, dass es dennoch umsetzbar und durchführbar ist. Ja, Herr Bürgermeister, abschließend die Frage an Sie, die Geschäftsordnung sieht ja auch vor, dass Anfragen längstens bis zur drittfolgenden Sitzung zu beantworten sind. Von Ihrer Seite habe ich noch keine Antwort erhalten und ich darf hier die

A n f r a g e

an Sie richten, ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz und wann mir eine Antwort auf diese Frage geben werden? (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, Frau Gemeinderätin. Jetzt könnte der Formalismus zugeschlagen haben, nachdem ich Ihre Initiative voller Begeisterung das letzte Mal auch beantwortet habe, ist es möglich, dass das so nicht in den Kreislauf der Bearbeitung gekommen ist. Selbstverständlich warte ich darauf, dass wir das von allen Fachabteilungen und von Graz Tourismus dann auch als Vorschlag bekommen, aber bislang liegt es mir nicht vor. Das heißt, ich betrachte diese heutige Anfrage nicht als beantwortet und wird geschäftsordnungsgemäß erledigt, weil das könnte passiert sein, weil ich nichts gehört habe.

Mag. **Bauer**: Herr Bürgermeister, auch nachdem ich das in meinem Motivenbericht nicht erwähnt habe, es gibt eine Motivation von innovativen Unternehmen, die bereits bereit waren, ein Präsent, das BotschafterInnen mitnehmen könnten, zu entwickeln und haben bereits mir zwei Entwürfe vorgelegt. Also die Initiative kriegt schon etwas Rückenwind und Kraft und ich hoffe auf eine positive Rückmeldung ehe baldigst. Danke.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Jugendliche im Umfeld öffentlicher Parkanlagen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister! Die Zerstörungswut in unseren Parkanlagen ist ein Problem, das zuweilen zu Unmut bei Parkbenützerinnen und Parkbenützern, aber auch zu Belastungen der Stadtkassa führt. Die meist jugendlichen Täter mit oder ohne Migrationshintergrund sind durch Tafeln mit Appellen und Verboten allein eher wenig zu beeindrucken, wie das Beispiel Volksgarten zeigt.

Offensiv auf die jungen Menschen zuzugehen und sie bei der Problemlösung miteinzubeziehen dürfte ein vielversprechender Weg sein.

Genau diese Strategie hat der MigrantInnenbeirat bereits vor zwei Jahren dem Sportamt vorgeschlagen, um gemeinsam mit dem Jugendamt und anderen involvierten Stellen, zum Beispiel auf Bezirksebene, initiativ zu werden.

Im Juli 2006 wurde der MigrantInnenbeirat nochmals beim Sportamt in dieser Sache vorstellig. Leider kam bis heute keine Antwort.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, gemeinsam mit allen betreffenden Stellen (Sportamt, Jugendamt, Integrationsreferat und andere) ein Modell zu entwickeln, das Jugendliche im Umfeld öffentlicher Park gezielt anspricht und versucht, sie in Problemlösungen bezüglich Vandalismus miteinzubeziehen? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Herr Gemeinderat, danke für diese Anfrage. Ich bitte Sie nur, nicht die Behauptung aufzustellen, dass leider bis heute keine Antwort gekommen ist. Selbstverständlich ist der MigrantInnenbeirat mit dem Sportamt in einer Diskussion darüber und da zu behaupten, dass da keine Antwort gekommen ist, stimmt nicht. Es wird auch geschäftsordnungsgemäß erledigt werden, dass Sie dann auch noch einmal vom Fachamt die Stellungnahme bekommen, ich kann Ihnen nur sagen, dass uns das ein großes Anliegen ist, dass wir allein im Bereich des Friedensbüros auch Jugendprojekte machen, wo das Aufeinanderzugehen von Jugendlichen sowohl im Schulbereich, aber auch darüber hinaus, bis zu den Sportplätzen, die leider Gottes in erster Linie oder sehr oft von Zugewanderten devastiert werden, das ist auch eine Feststellung, die mit dem Herrn Kam so besprochen worden ist und man erwartet sich dort Projekte und über die Höhe der Finanzierung muss man sich allerdings sicherlich auch noch einmal den Kopf zerbrechen, aber das wird geschäftsordnungsgemäß eine Antwort noch einmal geben, aber da sind wir bei der Arbeit sowohl mit dem Friedensbüro als auch hier im Sportamt.

Mag. **Fabisch**: Das MigrantInnenbüro weiß an und für sich davon nichts. Bis vor einer Woche, wie gesagt, waren seit zwei Jahren keine Antworten auf ihre Fragen eingetroffen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf nur noch einmal feststellen, diese Behauptung stimmt so nicht.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Kalvarienbergstraße 52

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage betrifft ein großes Problem in der Kalvarienbergstraße 52. Eine verzweifelte Bewohnerin des Hauses Kalvarienbergstraße ersucht schon seit zwei Jahren vergeblich eine Abteilung des Straßenamtes, ihr bei einem Problem zu helfen, das zu negativen Auswirkungen auf die Gesundheit führen kann.

In unmittelbarer Nachbarschaft, einem nicht betreuten Heimgarten, haben sich Gerümpel und Müll angehäuft. Ratten können deshalb von Grund zu Grund spazieren.

In dieser Angelegenheit wurde das erste Telefonat mit der zuständigen Abteilung am 14. September 2004 geführt. Weitere telefonische Kontakte sowie eingeschriebene Briefe folgten. Auch ein Bericht in einer Zeitung vor einem Monat hat nichts geholfen.

Am 24. März dieses Jahres gab es von Amts wegen eine Kurzbesichtigung, am 24. April erfolgte das letzte Telefonat. Seither ist nach Angaben der Anrainern von Seiten der Stadt Funkstille.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, in dieser Sache Licht ins Dunkel zu bringen und zu klären, warum man den angeführten Missstand nicht schon längst beseitigt hat? Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich habe dazu eine Mappe von der Gedächtnisniederschrift, wann Telefonat und Briefe abgegeben wurden, Sie können hier gerne Einsicht nehmen. Danke.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Eindämmung des Wildwuchses von Wettcafès und Spielautomaten durch steuerliche Maßnahmen

GR. Mag. **Fuchs** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fuchs**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In Österreich gibt es kaum einen Ort, in dem nicht Wettcafès und Lokale mit Spielautomaten aus dem Boden schießen. Diese unerfreuliche Entwicklung macht auch vor Graz nicht Halt. Einerseits fördert dieser Umstand die bereits weit verbreitete Spielsucht, von der nach vorsichtigen Schätzungen alleine in der Steiermark 10.000 Menschen betroffen sind. Viele Familien wurden dadurch bereits in den Ruin getrieben.

Andererseits ziehen diese Lokale Kriminalität wie ein Magnet an. Allein im Jahr 2006 haben bereits 79 Raubüberfälle auf Wettcafès stattgefunden, besonders betroffen sind die Bundesländer Wien und Steiermark. Die Aufklärungsquote ist gering, regelmäßig werden die Angestellten, die in den Morgenstunden oft alleine ihren Dienst versehen, mit Waffen bedroht und verletzt.

In Wien gibt es bereits Straßenzüge, in denen sich ein Wettcafé ans nächste reiht. Einer positiven Stadtteilentwicklung ist dies nicht förderlich. Die KPÖ hat deshalb im Steiermärkischen Landtag den Antrag gestellt, den Wildwuchs an Minicasinos durch

eine höhere Besteuerung einen Riegel vorzuschieben, um mit den Mehreinnahmen Spielsüchtigen durch Therapien und Beratung helfen zu können.

Das Steiermärkische Lustbarkeitsabgabegesetz ermächtigt die Gemeinden derzeit, bis zu 300 Euro monatlich für Geldspielautomaten einzuheben. Bei anderen Spielautomaten, die weniger Suchtpotenzial bergen, dürfen hingegen bis zu 700 Euro eingehoben werden.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich beim Landesgesetzgeber dafür einzusetzen, die Abgabe auf Glücksspielautomaten in Graz auf 700 Euro zu erhöhen, beziehungsweise falls der Steiermärkische Landtag eine Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe beschließt, den gesetzlichen Rahmen für Graz voll auszuschöpfen, um dem rasanten Wildwuchs an Wettcafés und Spielautomaten entgegenzuwirken? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Her Gemeinderat, Sie sprechen da auch ein Zeitphänomen an, ein fürchterliches, das viele Menschen und Familien, Frauen und Kinder in den Ruin treibt, da sollte dringend etwas getan werden. Ich weiß gar nicht, ob da nur die steuerlichen Maßnahmen ausreichen, ich glaube, da sollten überhaupt ganz neue gesetzliche Rahmenbedingungen gefunden werden. Ein Wettcafé nach dem anderen schießt aus dem Boden, nachdem das nicht nur eine kurzfristige Angelegenheit ist, sondern mittlerweile sich seit Jahren so entwickelt, dürften auch dementsprechend viele Menschen mit Spielsucht, aber auch nur aus der Not heraus sich dorthin begeben. Abgesehen davon, dass meistens auch noch diese Wettcafés dann überfallen werden, haben wir zusätzliche Kriminalitätssteigerungen. Ihre Anfrage ist auf das Vollste zu unterstützen und wir werden eine Petition vorbereiten (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

11) **Gehaltsschema für KinderbetreuerInnen in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen**

GRin. **Bergmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Situation der KinderbetreuerInnen in den städtischen Kinderkrippen, Kindergärten und Horten gibt seit vielen Jahren, in Bezug auf das Gehaltsschema und die Urlaubsregelung, Anlass zu Kritik und Unzufriedenheit.

Auf Grund einer Änderung im Kinderbetreuungsgesetz des Landes wurden die ehemaligen KindergartenhelferInnen zu KinderbetreuerInnen umbenannt. Mit dieser Namensänderung wurde auch eine verpflichtende Ausbildung zur Kinderbetreuerin eingeführt. Alle zu diesem Zeitpunkt beschäftigten Helferinnen waren verpflichtet, diese Ausbildung nachzuholen. Laut Gesetz ist die Ausbildung der KinderbetreuerInnen mit jener der Tagesmütter gleichzusetzen.

Was das Gehaltsschema jedoch betrifft, so gab es keine Änderung auf Grund der jetzt verpflichtenden Ausbildung. Die Dienstverträge der früheren HelferInnen wurden nicht geändert.

Die KinderbetreuerInnen sind nach wie vor im Arbeiter-Gehaltsschema, weiters mussten sie mit der gesetzlichen Änderung auch Gehaltskürzungen in Kauf nehmen. Es wurde die Erschwerniszulage halbiert, auf Grund dessen, dass sie jetzt keine Grobreinigungsarbeiten mehr verrichten müssen, jedoch die zusätzliche Qualifikation nicht anerkannt.

Von Seiten der PersonalvertreterInnen wurde bereits mehrmals an vielen Stellen darauf aufmerksam gemacht und informiert, jedoch fand man bis jetzt kein Gehör für die Anliegen.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgende

Anfrage:

an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Sind Sie als zuständiger Personalreferent der Stadt Graz bereit, sich für die Anliegen der KinderbetreuerInnen einzusetzen? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Hallenneubau Alte Poststraße/Zepelinstraße

GR. **Schmalhardt** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Gemeinderatssitzung am 12. Mai 2005 stellte ich den Antrag, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz eine Informationsveranstaltung mit den vom geplanten Hallenneubau in der Alten Poststraße/Zepelinstraße im Bezirk Puntigam betroffenen Bewohnern abhalten sollten.

In dieser Informationsveranstaltung, die mittlerweile stattgefunden hat, wurden die Bedenken und Sorgen der Bevölkerung aber nicht ausgeräumt.

Seit dieser Veranstaltung ist es rund um den Hallenneubau ruhig geworden und die Informationen an die Bewohner sind gleich Null.

Ich richte daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Bist du bereit, dich dafür einzusetzen, den betroffenen Bewohnern – insbesondere dem Verein „Lebensqualität Puntigam“, Ansprechpartner Herr Mag. Franz Harzl, die notwendigen Informationen über den geplanten Hallenneubau Alte Poststraße/Zeppelinstraße zukommen zu lassen ? Danke (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Gemeindewohnungen auf Kasernengrund

GR. **Schmalhardt** stellt folgende Anfrage:

GR. Schmalhardt: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Heute ist schon das Thema Gemeindewohnungen auf Kasernengrund kurz angesprochen worden. Dieses ernste Thema beschäftigt nicht nur uns, sondern auch, wie wir in der Sitzung am 16. Februar 2006 in einer einstimmig dem Bund zu überreichenden Petition, Gespräche aufzunehmen, damit geprüft werden kann, ob Kasernengrundstücke zu günstigen Bedingungen zum Zwecke des Baus von Gemeindewohnungen, aber auch von Kinderbetreuungseinrichtungen, Nahversorgung, Arbeitsstätten und großzügigen Grünbereichen angeboten werden können. Diese Forderung ist durch eine Petition an den Nationalrat von 5.000 MitbürgerInnen unterzeichnet und unterstützt worden

Seit dem Gemeinderatsbeschluss ist fast ein Dreivierteljahr vergangen. Der Verkauf früherer Kasernen zu überhöhten Marktpreisen - wie ihn die bisherige Bundesregierung geplant hatte – verläuft, wie wir wissen, äußerst schleppend. Daraus könnte die neue Regierung die Konsequenz ziehen und auf unseren Vorschlag einsteigen, für den Wohnbau geeignete Areale den Gemeinden zu günstigen Bedingungen zu überlassen, um Sozialwohnungen zu errichten und die Stadtteilentwicklung zu verbessern.

Von der Zuständigkeit her ist es die Aufgabe des Liegenschaftsreferenten, in Gesprächen mit den zuständigen Stellen des Bundes und der vom Verteidigungsministerium eingerichteten Gesellschaft, die mit dem Verkauf von Kasernenliegenschaften betraut ist, die Möglichkeiten auszuloten, die es in diesem Zusammenhang gibt.

Wir treten dafür ein, dass die Initiative Gemeindewohnungen auf Kasernengrund im Programm der neuen Bundesregierung verankert werden soll.

Die zunehmende Bedarf an günstigen Sozialwohnungen und das Problem, in Graz geeignete Grundstücke zu finden, auf denen in kurzer Zeit Übertragungswohnbauten errichtet werden können, drängt diese Lösung geradezu auf.

Deshalb richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs die

A n f r a g e :

Welche Initiativen hat die Stadt Graz entwickelt, um auf Grundlage des einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses vom 16. Februar 2006 das Vorhaben Gemeindewohnungen auf Kasernengrund in Graz realisieren zu können? Haben bereits Gespräche mit Vertretern des Bundes und des Landes Steiermark stattgefunden? Wenn ja, wie ist das bisherige Ergebnis dieser Kontakte? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Schaltergebühr der Energie Graz

GRin. **Schönberg** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schönberg**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Antwort der Energie Graz AG, die Sie mir nach meiner Anfrage vom 27. 4. 2006 über die Einführung der Schaltergebühr für die Stromrechnungen übermittelt haben, kann mich nicht zufrieden stellen.

Bekanntlich wurde mit 1. April 2006 eine Schaltergebühr von 1.50 Euro für StromkundInnen eingeführt, die ihre Stromrechnung beim Schalter begleichen. Trotz der Zusatzbelastung vor allem für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger ist man nicht bereit, diese Gebühr wieder abzuschaffen. Es wird lediglich einzelnen Personen angeboten, die Stromrechnung ohne Gebühr einzahlen zu dürfen. Wenn es – wie uns gesagt wurde – jährlich insgesamt 35.000 Bareinzahlungen gibt, beträgt das Körpergeld der Energie Graz aus dieser neuen Gebühr pro Jahr immerhin 52.500 Euro!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Auch angesichts der bevorstehenden Strompreiserhöhung von mehr als 6 % bei der Energie Graz AG stelle ich im Namen der KPÖ Gemeinderatsfraktion folgende

A n f r a g e :

Weisen Sie wie wir die Antwort der Energie Graz AG in dieser Angelegenheit als unbefriedigend zurück und sind Sie bereit, sich beim Management der Energie Graz weiterhin dafür einzusetzen, dass diese Schaltergebühr wieder abgeschafft wird?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke Frau Gemeinderätin, ich möchte gerne noch einmal mit den Stadtwerken Kontakt aufnehmen und werde Ihnen meine Antwort zukommen lassen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Gewalt unter Jugendlichen

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wer aufmerksam die Zeitungsberichte vor allem aus anderen Bundesländern zum Thema Jugend und Gewalt verfolgt, muss mit Bestürzung feststellen, dass die zunehmende Gewaltbereitschaft unserer Kinder und Jugendlichen ein ernstes Problem geworden ist. Positiv hervorzuheben ist, dass es in Graz laut Auskunft von Experten noch nicht so schlimm zugeht wie etwa in Salzburg und in Klagenfurt. Um diese Entwicklung bereits in Graz im Anfangsstadium zu beenden, sollten wir möglichst rasch geeignete Initiativen setzen, damit sich keine Welle der Gewaltbereitschaft breit machen kann.

Die Stadt Graz muss Bewusstseinsbildung und Seminare zu Konfliktlösung unter Jugendlichen initiieren. Den Jugendlichen muss gezeigt werden, wie Konflikte zu lösen sind, hier muss das Jugendamt einschreiten. Auf der einen Seite sollte gezeigt werden, dass Aggression etwa durch den Sport abgebaut werden kann. Das Sportamt bietet den ganzen Sommer über eine Vielzahl von tollen Kursen an, die verstärkt für Jugendliche angeboten werden sollen, die zu Gewaltbereitschaft neigen und aggressives Verhalten zeigen.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, von den zuständigen Stellen prüfen zu lassen, welche Möglichkeiten die Stadt Graz hat, um Grazer Jugendlichen durch Information, Beratung, Seminare und sportliche Angebote bei der Konfliktlösung hilfreich zur Seite zu stehen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Absicherung der Vereins- und Subventionspolitik der Stadt Graz

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Liebe Kolleginnen, Kollegen! Heute sind die Reihen besonders dünn, wenn ich so durch die Gegend schaue. Irgendwas läuft hinter den Kulissen anscheinend, wovon wir nichts wissen oder einige von uns nichts wissen, schaut so aus. Aber die Anfrage vom Herrn Kollegen Korschelt passt eh ganz gut als Vorfeld für die Anfrage, die ich jetzt stelle, die eigentlich ein dringlicher Antrag hätte sein sollen und auf Grund eines Fehlers, der bei uns leider passiert ist und wir fügen uns den Sachzwängen, dass wir einfach deswegen zeitgerecht nicht den Antrag eingebracht haben, deswegen jetzt eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister zum Thema Vereine. Ich habe schon mehrfach zu dem Thema was gesagt hier herinnen. Ich habe den heutigen Zeitpunkt gewählt, weil wir rundherum bemerken müssen, wer am Sonntag die Zeitung gelesen hat und die Aussage vom Herrn Finanzlandesrat gelesen hat über die, aus seiner Sicht anstehenden Kürzungen in dem Bereich, wer die zähen Regierungsverhandlungen verfolgt und damit ausrechnen kann, wieweit im Bund demnächst Budgets oder Aussichten bestehen, dass Vereine wissen, wie es dort weitergeht, dass eben gerade jetzt von Stadtseite her die Frage sich stellt, wie schaut es aus im nächsten Jahr und dass es aus unserer Sicht leider sehr spät sein wird, wann die Vereine erfahren werden, wie es weitergeht. Eine Stadt hat meiner Meinung nach vier ganz wesentliche Standbeine, um zu funktionieren und einmal ein gutes Zusammenleben zu ermöglichen. Wir kennen die Leistungen der öffentlichen Hand, es gibt ganz wesentliche Beiträge, die die Privatwirtschaft leistet, aber es gibt eben noch zwei Standbeine, die wir nicht unterschätzen sollten. Das eine ist das, was im sogenannten Non-Profit-Bereich, Non-Profit ist eigentlich der falsche Begriff, weil zumindest Sozialenprofit dort entsteht, non-Profit-Bereich entsteht und die vielen ehrenamtlichen Leistungen, die eine Stadt zusammenhalten. Das heißt, das was in den gemeinnützigen Organisationen und Vereinen geleistet wird, ist ein wesentlicher Beitrag zum Zusammenhalt einer Stadt, soviel auch zur Anfrage des Herrn Korschelt, auch im präventiven Bereich wird hier massive Arbeit geleistet und das alleine am Jugendamt festzumachen, hier anzusetzen, ist zu wenig und die Pflichtleistungen, die das Jugendamt leisten muss, sind erst oft möglich, weil ganz viele Vereine in dem Bereich ihre Zusatzleistungen erbringen.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Beantworten tut der Bürgermeister die Anfrage, nicht Sie.

GRin. **Rücker:** Ja, ja gut. Der Bereich Sozialwirtschaft und Kulturwirtschaft ist aber auch ein Wirtschaftsfaktor. In der Steiermark, ich weiß leider die Zahl nicht für Graz, aber in der Steiermark gehen die Beschäftigten in dem Bereich an die 100.000 Menschen. 100.000 Arbeitsplätze fast in der Steiermark in diesem Sektor geschaffen werden und erhalten werden. Diese Menschen geben Geld aus wieder beziehungsweise zahlen auch die Vereine, die kaufen hier ein, die investieren, das heißt, als Wirtschaftsfaktor nicht zu unterschätzen und auf der anderen Seite, wenn man den Wirtschaftsstandort immer wieder als Argument hat, wie wichtig es ist, dann ist gerade sozialer Zusammenhang, wie wir wissen, einer der wesentlichsten Grundsätze oder Grundlagen, warum einige Firmen Entscheidungen treffen, eine Stadt wie Graz zu wählen und deswegen die Bedeutung so enorm ist. Aber eben, wie gesagt, die aktuelle Situation zeigt wieder einmal auf, was für viele Vereine jedes Jahr dasselbe Thema ist, ich erzähle da nichts Neues. Für viele Vereine heißt es jedes Jahr wieder bis zum Ende des Jahres nicht wissen, wie es im nächsten Jahr weitergeht, einige hatten das Glück, Verträge zu haben, kommt heuer dazu, dass dreijährige Verträge, die eben teilweise in Bereichen der Kultur und im Sozialbereich und im Frauenbereich bestanden haben, jetzt auslaufen und wir haben aktuell Budgetverhandlungen und deswegen dieser Anlauf jetzt, weil ich nicht glaube, dass es Sinn macht, dass einzelne RessortreferentInnen, Ressortverantwortliche dieses Thema für sich alleine bewältigen müssen, wie es im Eckwert eben vorgesehen ist, sondern dass es eigentlich die Aufgabe der Stadt und vor allem eben der Stadtregierung, insbesondere auch von Ihnen, Herr Bürgermeister, ist, bei dieser prekären Situation eine Verantwortung zu übernehmen. Das geht darum, für Sicherheit zu sorgen, das sollte das Anliegen der ganzen Stadtregierung sein und auch des ganzen Gemeinderates, das heißt aber auch, dass in dem Bereich nicht mehr vom Ermessen die Rede sein soll, sondern von ganz klaren Entscheidungen, was wollen wir in dieser Stadt für Leistungen und was wollen wir da für eine Qualität haben und dafür eine klare Entscheidung zu treffen, heißt, womöglich auch die eine oder andere negative Entscheidung zu treffen. Wir wissen, wir müssen uns darüber

klar werden, was machen wir in Zeiten, wo gespart werden muss und es kann nicht im Eckwert jedes einzelnen Ressort alleine beantwortet werden. Das heißt, Prioritätenliste, mein altes Thema, meiner Meinung nach gehört diese Frage, wie die Grundversorgung in dem Bereich aufrecht erhalten werden kann, auch die Prioritätenliste ganz oben und endlich übergreifend diskutiert. Und davon ist auszugehen, dass jede Kürzung in dem Bereich längerfristig nicht als Kürzung stehen bleibt, sondern längerfristig gesellschaftliche Kosten hat, das wissen wir hier herinnen auch alle und daher sollte die Politik dem die Aufmerksamkeit widmen.

Aus diesem Grund stelle ich daher im Namen der Grünen – ALG an Sie, Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind sich dafür einzusetzen, dass die StadtsenatsreferentInnen noch vor der Beschlussfassung des Budgetvoranschlages 2007

1. die in ihren Ressorts bestehenden Fördervereinbarungen und SubventionsnehmerInnen auflisten und die geförderten Aufgaben qualitativ beschreiben können
2. auf Basis der erhobenen Daten im Stadtsenat eine gemeinsame, ressortübergreifende politische Diskussion über den Bedarf der Stadt Graz führen und eine vorausschauende Schwerpunktsetzung für die Vereins- und Subventionspolitik der nächsten Jahre zu formulieren, und da geht es mir auch um eine Kommunikation, die möglich sein muss, rechtzeitig den Vereinen gegenüber zu signalisieren, schaut her, so wird es im nächsten Jahr oder in den nächsten Jahren ausschauen und
3. den betroffenen Vereinen und gemeinnützigen Organisationen sowie dem Gemeinderat die Ergebnisse der Beratungen noch rechtzeitig vor der Beschlussfassung des Budgets 2007 zur Kenntnis zu bringen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.